



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 4. Februar bis 11. März)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 4. bis 11. März)

Innere Verworrenheit

Das Reichstagspräsidium — Unverminderte Feindschaft zwischen Konservativen und Liberalen — Konservativer Verein in Hamburg — Vorsprung der Sozialdemokraten — Der Ausstand im Ruhrgebiet — Auflösungserscheinungen bei den bürgerlichen Parteien — Schäden unparteiisch-nationaler Vereine — Haltung der Regierung — Freiherr v. Hertling und Herr v. Bethmann Hollweg — Wehrfragen und Deckungsfragen

Der Wahlkampf für den neuen Reichstag hat nun auch im Ballotbau selbst seinen Abschluß gefunden durch die endgültige Wahl des Reichstagspräsidiums. Die drei Herren, ein Nationalliberaler, zwei Fortschrittler, die fortan den Reichstag in seinen inneren Angelegenheiten leiten und nach außen vertreten sollen, haben eine ungemein schwere Bürde auf sich genommen. Ihr Unternehmen ist um so schwieriger, als ein guter Ausgang nicht so sehr von dem Willen der Präsidenten abhängt, als von dem Verhalten derjenigen, die ihnen diese Bürde aufgedrückt haben. Das neue Reichstagspräsidium wird nicht gestützt durch das Vertrauen einer geschlossenen Mehrheit, sondern durch das Mißtrauen und die Mißgunst aller nur möglichen Mehrheiten gegeneinander. Die beiden Mehrheiten, auf die es im vorliegenden Falle ankam, forderten: hier reines Rechtspräsidium! hier reines Linkspräsidium! Gewählt wurde schließlich der Fortschrittler Raempf mit einer Stimme Mehrheit gegen den Zentrumsmann Spahn in der Hauptsache von Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten; er ist also gewissermaßen Vertrauensmann der Linksmehrheit. Den Nationalliberalen Baasche wählten Konservative, Zentrum, Nationalliberale gegen den Sozialdemokraten Scheidemann, er ist also sozusagen Vertrauensmann der Rechten. Schließlich ward der Fortschrittler Dove gewählt gegen den Sozialdemokraten von den Konservativen, dem Zentrum, den Nationalliberalen, wobei ein Teil seiner eigenen Parteigenossen gegen ihn stimmte! Also der Angehörige des Linksliberalismus, das Mitglied des Hansabundes, empfängt sein Amt aus den Händen der klerikal-agrarischen Rechten! Man sieht aus diesen Angaben, daß sich jeder einer argen Täuschung hingeben würde, der aus der Zusammensetzung des Präsidiums den Schluß zöge, daß die beiden liberalen Fraktionen des Reichstages aus eigener Kraft irgendeine Macht darstellten. Tatsächlich sind sie in den Vordergrund geschoben durch ihre Gegner von rechts. Man wird nicht ohne weiteres annehmen brauchen, daß dies geschah, um den Liberalen die Möglichkeit zu geben, sich vor dem Lande wieder „auszupaulen“.

Herr v. Bethmann kann unter den einmal gegebenen Vorbedingungen mit diesem Ergebnis der Präsidentenwahl zufrieden sein, um so mehr, als es dem recht geschickten Eingreifen seines Unterstaatssekretärs zuzuschreiben ist, dessen Überredungskunst es noch in letzter Stunde gelang, die Konservativen zur Teilnahme an der Wahl des zweiten Vizepräsidenten zu bewegen und damit die Wahl eines sozialdemokratischen zweiten Vizepräsidenten zu verhindern. Leider darf man nicht ohne weiteres damit rechnen, daß das unschöne Bild der Präsidentenwahl, das sich vor uns entrollt hat, nicht wiederkehren würde. Dem Präsidium in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung — bedroht durch die zurückgesetzten Sozialdemokraten und abhängig vom Wohlwollen der Konservativen — dürfte keine lange Lebensdauer beschieden sein. Wir wollen uns freuen, wenn die Wogen der Erregung noch mit dem Etat durchschiffet werden. Was nach dem Etat kommt, wissen weder die Fraktionen noch die Regierung. Nicht gerade beruhigend wirkt ein weiteres Gefahrenmoment: Die Sozialdemokraten haben gegen die Wahl des Abgeordneten Kaempf im ersten Berliner Wahlkreise Protest eingelegt; sollte die Wahl dieses Abgeordneten für ungültig erklärt werden, so müßte Kaempf auch von seinem Präsidentenposten zurücktreten und der Kampf um diesen höchsten Posten, den der Reichstag zu vergeben hat, würde von neuem mit allen seinen häßlichen, die Parteien und das Parlament diskreditierenden Nebenerscheinungen entbrennen.

Der Streit um die Präsidentensitze hat nicht dazu beigetragen, die bürgerlichen Parteien einander näher zu bringen. Auch bei der letzten Präsidentenwahl hat es sich gezeigt, daß die Gegensätze zwischen den Konservativen und Liberalen nicht um einen Grad milder geworden sind, als während des Wahlkampfes. Die Kommentare der Presse bestätigen den im Reichstag gewonnenen Eindruck.

Damit aber bleibt die Sorge um die Zukunft der bürgerlichen Parteien nach wie vor bestehen, und sie kann durch die planvolle Arbeit konservativer Männer in den Städten nicht vermindert werden. Noch bedeutet die Organisation konservativer Vereine, wie sie jüngst auch in Hamburg stattgefunden, eher eine, allerdings unvermeidliche und vorübergehende Schwächung des Bürgertums, aus der erst allmählich die Genesung heraufkommen kann. Die Größe der Gefahr ist bedingt durch den außerordentlichen Vorsprung, den die sozialdemokratische Partei durch die feine, den Bedürfnissen breiter Wählermassen angepaßte Organisation vor allen bürgerlichen Parteien gewonnen. Noch ist es das Zentrum, das hinter den Sozialdemokraten am wenigsten zurücksteht, was uns wiederum einiges Verständnis dafür abnötigt, wenn Herr v. Bethmann sich so offenkundig auf diese dimensional und organisch stärkste bürgerliche Partei stützt. Aber die sozialdemokratische Partei steht unübertroffen da. Trotz der Ausweisung Scheidemanns aus dem Präsidium haben die bürgerlichen Parteien keine Veranlassung, einen Sieg zu feiern. Was die Sozialdemokraten durch den Verlust des Sitzes im Präsidium an Einfluß im Parlament einbüßen, gewinnen sie zehnfach zurück durch den also erworbenen Agitationsstoff. Man dürfte schon

in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, zu beobachten, wie die sozialdemokratische Parteileitung den neugewonnenen Agitationsstoff auszunutzen wird.

Am Montag, dem 11. März, sind zweihunderttausend organisierte Bergarbeiter in Westfalen in den Ausstand getreten, der sich immer deutlicher als ein Sympathiestreik für die englischen Arbeiter kennzeichnet. Die wirtschaftlichen Fragen, die seitens der Streikenden in den Vordergrund geschoben werden, erscheinen um so weniger stichhaltig, als die aufsteigende Konjunktur auch eine Steigerung der Löhne automatisch in Aussicht stellte. Der Streik im Ruhrgebiet trägt somit alle Merkmale einer politischen Machtprobe an sich. Man hat den Eindruck, als ständen die Führer der roten Internationale ähnlich wie zu Zeiten der russischen Revolution wieder einmal vollständig im Banne der Kladderadatsch-Theorie, als glaubten sie ihrem Ziele heute näher zu sein als je, weil der ganze Erdball auf seiner Oberfläche eine Unruhe zeigt, wie schon seit einem halben Jahrhundert nicht. Der Krieg um Tripolitarien muß scheinbar diese Auffassung ebenso stützen wie die Revolution in China und die Verbitterung der nationalen Parteien in Deutschland. Die Artikel des Vorwärts atmen Siegeszuversicht.

Nun gilt es für den bürgerlichen Staat kaltblütig und unbekümmert um das Drängen der Reichsverbändler die Maßnahmen zu treffen, um der roten Partei eine Niederlage zu bereiten. Auf die Arbeitswilligen wird die Erklärung der Regierung, die ihnen vollkommensten Schutz verspricht, den denkbar besten Einfluß ausüben. Ebenso ist es warm zu begrüßen, daß die Regierung die vorhandenen Gesetze als ausreichend bezeichnet, um Ruhe und Sicherheit im Streikgebiet zu gewährleisten. Wir brauchen in der Tat keine Ausnahmegesetze, auch kein Arbeitswilligengesetz, wie es neuerdings aus der Mitte des Herrenhauses vorgeschlagen wird. Was wir dagegen brauchen, das ist eine bessere Organisation der bürgerlichen Parteien, ein größeres Interesse dieser Parteien auch für die kulturellen Lebensbedingungen der Arbeiterfamilien. Wo die bürgerlichen Parteien mit großer Aussicht auf vollen Erfolg mit ihrer Tätigkeit einsetzen könnten, zeigen die Ausführungen Clazens in seinem weiter oben (S. 515) gedruckten Aufsatz über die Arbeiterjugend. Clazens zeigt, wie ausgehöhlt der Sozialismus ist und wie viel Raum er geschaffen hat für eine ernsthaft menschenfreundliche Kulturarbeit in der Arbeiterjugend (s. auch Heft 1: „Wie gewinnen wir die Arbeiterjugend“).

Fragt sich nur, ob das heutige Bürgertum mit seinen politischen Organisationen dieser Aufgabe gewachsen ist. Was der Augenschein lehrt, ist nicht sehr vertrauenerweckend.

Die bürgerlichen Parteien machen mit Ausnahme des Zentrums den Eindruck, als seien sie der Auflösung verfallen. Was sie zusammenhält, das sind wirtschaftliche Gesichtspunkte. Somit ist das eingetreten, was in den Grenzboten schon seit Jahren als notwendige Folge der ausschließlichen Herrschaft ökonomischer Interessen bezeichnet wird: die wirtschaftlichen

Vereine und Verbände haben die politischen Parteien des Bürgertums ruiniert; konservativ und liberal sind Begriffe geworden, die mit dem Wesen der so bezeichneten politischen Gruppen kaum noch etwas gemein haben, und hinter dem Wort „national“ verbergen sich neuerdings vielfach Auffassungen und Bestrebungen, die auf eine tiefgreifende Krisis des nationalen Ideals schließen lassen.

Nicht ohne Einfluß auf die politischen Parteien ist auch das Aufkommen sogenannter unparteiisch-nationaler Vereine. Alldeutscher Verband, wie auch im gewissen Sinne Flotten-, Ostmarken- und Wehr-Verein, müssen, um selbst bestehen zu können, den politischen Parteien Kräfte, vor allen Dingen moralische Kräfte entziehen. Selbstverständlich absichtslos. So segensreich die Aufklärungsarbeit des Flotten- und Ostmarken-Vereins war, so wertvoll in mancher Hinsicht die Arbeit der Alldeutschen im Auslande ist, so nachteilig wirkt die in diesen Organisationen liegende Spezialisierung auf die Entwicklung der politischen Parteien. Ich bin überzeugt, daß z. B. die Ostmarkenpolitik angesichts der ausgezeichneten Aufklärungsarbeit des Ostmarkenvereins nicht so rettungslos in den Sumpf geraten konnte, wenn statt eines unabhängigen, unpolitischen Ostmarkenvereins oder wenigstens neben ihm jede der politischen Parteien ein spezielles Organ für Polenfrage und Innenkolonisation hätte; ich glaube, daß ein Gegensatz zwischen Flotten- und Wehrverein, wie er sich immer mehr herausbildet, unmöglich wäre, wenn jede politische Partei ihrer Organisation eine entsprechende Fachabteilung angeschlossen hätte. Jetzt hat es fast den Anschein, als sollte der Wehrverein — durchaus gegen die Absichten seiner Leitung — mehr ein Anhängsel der agrarischen konservativen Partei werden, während man den Flottenverein gern zu einem Propaganda-Organ der Industrie stempeln möchte. Die hier angedeutete Entwicklung darf so nicht weiter gehen: den politischen Parteien müssen die Materien aus der nationalen Politik wieder stärker zugeführt werden, damit die gemeinsamen Interessen größere Bedeutung für sie erhalten. Bei dem jetzigen Zustande glaubt man sich den nationalen Dingen in den Parteien nicht mit der Intensität widmen zu müssen, die sie tatsächlich beanspruchen, weil man sie bei den Spezialvereinen in guter Hut weiß. Die Partei, die solchen Gesichtspunkten bei der Ergänzung ihrer Organisation am besten Rechnung trüge, würde auch bei den nächsten Wahlen die meisten Fortschritte zu verzeichnen haben.

Zum Schluß noch einen Blick auf die Haltung der Regierung. Sie wird von allen Seiten nicht ohne Mißtrauen und Bangen betrachtet. Die Zurückhaltung, die der Herr Reichskanzler sich seit seinem Antritt auferlegt hat und an der er immer noch festhält, wirkt lähmend und hindert die Verständigung zwischen den Parteien. Herr v. Bethmann ist in den fast drei Jahren seiner Amtstätigkeit als Reichskanzler nicht einen Schritt vorangekommen, und was dank seinem zähen Festhalten an Gutem zustande gekommen, verliert sich in dem Meer von Unmut, das ihn umgibt. Sein Prinzip, sich Vertrauen zu erwerben durch Beschäftigung, durch Erziehung der Fraktionen und Parteien zur Pflicht, hat Schiffbruch gelitten. Die gemeinsame Arbeit wurde geleistet auf

den verschiedensten Gebieten, aber eine Annäherung der Parteien hat nicht stattgefunden.

Boran die Politik des fünften Kanzlers leidet, wird uns peinlich deutlich an dem Auftreten des neuen bayerischen Ministerpräsidenten, des greisen Freiherrn v. Hertling. Man vergleiche seinen Antritt in der bayerischen Kammer mit dem des deutschen Reichskanzlers vor zweieinhalb Jahren. Freiherr v. Hertling hat nicht erst Anfragen und Interpellationen abgewartet, um der Kammer und dem Lande zu sagen, was er will und auf welchem Boden die Regierung steht. Er hat entgegen allem Brauch bei Eröffnung der Kammer das Wort ergriffen und gesagt, was er will. Freilich hatte er es leichter als der deutsche Reichskanzler, weil er von vornherein auf eine Mehrheit in der Kammer rechnen kann, die seinen Zielen zustrebt. Zwar betonte er in seiner Rede ausdrücklich, daß er nicht durch das Vertrauen dieser Kammermehrheit auf seinen Posten gelangt sei, sondern ausschließlich durch das Vertrauen seines Monarchen — aber er betonte es in dem Bewußtsein, daß dies Bekenntnis seiner Stellung nur nützlich sein würde. Das Zentrum begnügt sich mit Siegen, die ihren Wert in sich haben. Herr v. Bethmann traf seinerzeit eine weit schwierigere Lage an. Er hatte keine Mehrheit im alten Reichstage, es sei denn, daß er vom ersten Tage der Übernahme der Regierungsgeschäfte an seinen Vorgänger desavouiert hätte und sich auf Konservative und Zentrum stützte, was übrigens die logische

Pädagogium

Zwischen Wasser u. Wald äusserst gesund gelegen. —
Bereitet für alle Schulklassen, das Einjährigen-,
Primaner-, Abiturienten-Examen vor. Auch Damen-
Vorbereitung. — Kleine Klassen. Gründlicher, indi-
vidueller, eklektischer Unterricht. Darum schnelles
Erreichen des Zieles. — Strenge Aufsicht. — Gute
Pension. — Körperpflege unter ärztlicher Leitung.

Waren in Mecklb. am Müritzsee.

Konsequenz des Ministerwechsels ohne gleichzeitig erfolgende Reichstagsauflösung gewesen wäre. Dies zu tun, hinderte ihn die an sich richtige Erkenntnis, daß es mit den alten Gepflogenheiten im Reiche nicht mehr weiter ginge. Die Folgerung aus dieser Erkenntnis aber, das Land zu befragen und das Land zur Wahl einer liberalen Mehrheit zu veranlassen, wagte er nicht zu ziehen. Und darin liegt das ganze Unglück mit unserer politischen Verärgerung, die durch eine Reichstagsauflösung im Sommer 1909 nicht tiefer geführt werden konnte, als es durch die „friedliche“ Politik geschehen. Gab damals das Reich ähnlich wie jetzt in Bayern eine Antwort zugunsten der Konservativen, so hätte die Regierung sich bei ihrer fernerer Haltung mit gutem Recht darauf berufen können, daß das Volk nicht anders als konservativ regiert werden wollte. Gab es eine Mehrheit, die dem Bülow-Block entsprach, so wären die Gesetze, die in den letzten zwei Jahren unter Dach gebracht wurden, sicher nicht zu kurz gekommen. Und die Verärgerung, die nur den Sozialdemokraten zugute gekommen ist, wäre vermieden.

Jetzt sind wir wieder an einer Etappe angelangt, wo die Regierung richtunggebend eingreifen kann: Wehrfrage und Deckungsfrage stehen auf der Tagesordnung! Verfassungsfragen werden von allen Seiten an sie gerichtet. In der Deckungsfrage ist augenscheinlich der Rückzug angetreten. Freiherr



Ich lache

weil jedes System Füllfederhalter das beste sein soll???

Probieren Sie entweder

„Klio“ E. Reiser's Patent,
bei der Sie Ihre gewohnte Feder u. Tinte verwend. können,
zu Mk. 3.— und 6.— pro Stück.
Mit neuester Selbstfüllvorrichtung Mk. 2.— pro Stück mehr
oder

„Regina“, ges. gesch. Sicherheits-Goldfüllhalter
mit 14 karätiger Goldfeder mit Iridiumspitze,
immer schreibfertig, Mk. 10.—,
auch m. grösseren Goldfedern Mk. 14.50, 19.— u. 25.— pr. Stück.

„Klio“ und „Regina“ können in jeder Lage in der Tasche getragen werden.
Überall erhältlich. Kataloge gratis und franko.

Klio-Werk, G. m. b. H., Hennef (Sieg) 141

Grösste und leistungsfähigste Füllfeder-Spezialfabrik des Kontinents.

Es sind verschiedene ähnlich lautende minderwertige Nachahmungen im Handel, achten Sie daher auf die jedem Halter eingetragene Marke „Klio“, E. Reiser's Patent, bezw. „Regina“, ges. gesch.

Einige Anerkennungen: Herr Kisch, Thaler Blechwarenfabrik Kisch & Co., Thale a. H., schreibt: „Als ich dieser Tage Ihre Inserate dass ich meinen stetigen Freund, welchen ich ständig in der Tasche habe, wieder besitze. Ich gebrauche meinen „Klio“-Füllfederhalter tagtäglich, und ist mir derselbe ein treuer Begleiter und lieber Freund geworden. Ich war früher im Besitze eines anderen Systems, jedoch habe ich schon längst die Vorteile Ihres Systems erkannt usw. usw.“

Herr Dr. Deichmann, Löwen-Apotheke in Leer, schreibt: „Seit mehreren Jahren gebrauche ich ständig Ihren „Regina“-Füllfederhalter, und drängt es mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich mit dem Halter durchaus zufrieden bin und ich nur jedem empfehlen kann, bei Anschaffung eines Füllfederhalters an Ihr System zu denken. Der Halter arbeitet noch heute, nach vier Jahren, ebenso wie am ersten Tage, wohl das beste Zeichen für die Güte Ihres Fabrikates.“

v. Hertling führte in seiner Rede in der Bayerischen Kammer unter anderem unter Hinweis auf die Erbschaftssteuer aus, Bayern werde sich im Bundesrate nicht für eine Steuerform einsetzen, die keine Aussicht auf Annahme habe. Mit anderen Worten: Preußen will im Bundesrate die Erbanfallsteuer als Deckung für die Wehrforderungen ablehnen, infolgedessen hat Bayern kein Interesse daran, sich dafür einzusetzen. — In der Wehrfrage tut man Herrn v. Bethmann augenscheinlich unrecht, wenn behauptet wird, er habe die seitens der Kriegs- und Marinebehörden als notwendig anerkannten Forderungen mit Rücksicht auf die Unterhandlungen mit England sich beschneiden lassen: soweit es sich um Flottenforderungen handelt, können die Leser der Grenzboten aus unserm Leitartikel in Heft 6 feststellen, wohin die Wünsche der Regierung schon vor Wochen gezielt haben, und ein Vergleich mit der Zentrumspreffe, die ausgezeichnet orientiert ist, wird ergeben, daß von den damals umrissenen Forderungen nicht abgegangen wurde.

G. Cl.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung in Wilmersdorf. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dossauer Straße 86/87.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin.

Politik und Massennormal

von

Dr. Arthur Christensen

[224 S.] gr. 8°. 1912. Geheftet M. 3.—, in Leinwand geb. M. 3.60.

Das Buch gibt eine geistvolle, aber durchaus wissenschaftliche, d. h. sachlich und unparteiisch gehaltene Analyse der Massennormal als der Grundlage der äußeren und inneren Politik, die sie nach der Anschauung des Verfassers „in allem Wandel der äußeren Verhältnisse immer ist. Die Massennormal wieder erscheint bestimmt durch die Seelenregungen, für die alle die Masse aus machenden Individuen empfänglich sind und die deshalb immer primitive bleiben. Darum herrschen in der zwischenstaatlichen Politik Raubtrieb und Machtrieb, durch diplomatische Heuchelei dürrtig maskiert.“ Ebenso bestimmend ist die Massennormal für die innere Politik, deren unerfreuliche Begleiterscheinungen darum im Zeitalter des Parlamentarismus keine anderen sind wie im Zeitalter des Absolutismus. Das Buch, das so den ganzen Umfang der politischen Probleme der Gegenwart behandelt (so die der öffentlichen Meinung, der Parteitirrannei und Berufspolitik, des Weltfriedens u. a.), dürfte von Interesse für jeden politisch interessierten Gebildeten sein, darüber hinaus aber auch dem Historiker wertvolle Anregungen bieten wie als Beitrag zu der Frage der staatsbürgerlichen Erziehung gelten können.